

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	XIII
Quellenverzeichnis .....	XXI
<b>1. Einleitung .....</b>	<b>1</b>
<b>2. Geschichtliche Entwicklung des Kartell(straf)rechts .....</b>	<b>6</b>
2.1. Entwicklung in Österreich .....	6
2.1.1. Kriminalstrafen für Kartellverstöße bis 2002 .....	6
2.1.2. Entkriminalisierung 2002 und Angleichung an das EU-Kartellrecht .....	12
2.1.3. Einführung des Prinzips der Legalausnahme durch die Novelle 2005 .....	17
2.1.4. Steigerung der Effizienz des Kartellrechts .....	19
2.2. Entwicklung in der EU .....	21
2.2.1. Freier Wettbewerb als zentrales Anliegen .....	21
2.2.2. Erste kartellrechtliche Durchführungs- verordnung 1962 .....	24
2.2.3. System der Legalausnahme durch die VO 1/2003 .....	25
2.2.4. Kartellgeldbuße in der Praxis der Europäischen Kommission und der europäischen Gerichte ....	28
2.3. Kartell(straf)recht in Deutschland und der Schweiz .....	31
2.3.1. Ordnungswidrigkeit in Deutschland .....	31
2.3.2. Verwaltungssanktionen und Strafsanktionen im schweizerischen Kartellrecht .....	35
<b>3. Kartellgeldbuße als Strafe? .....</b>	<b>39</b>
3.1. Meinungsstand .....	39
3.1.1. Österreichische Kartellgerichte: „strafrechts- ähnlicher Charakter“ .....	39

3.1.2.	Schrifttum: Kartellgeldbuße als Strafe im weiteren Sinn .....	43
3.1.3.	Europäische Kommission und europäische Gerichte zur europäischen Kartellgeldbuße .....	46
3.2.	Begriffliche Vorklärung .....	50
3.2.1.	„Sanktion“ .....	50
3.2.2.	„Strafe“ im weiteren Sinn und im engeren Sinn .....	51
3.2.3.	„Unternehmer“ und „Unternehmen“ .....	56
3.3.	Hindernisse einer Einordnung als „Strafe“? .....	59
3.3.1.	(Kriminal-)Strafrechtssetzungskompetenz der EU? .....	59
3.3.1.1.	(Kriminal-)Strafrechtssetzungskompetenz vor Lissabon .....	60
3.3.1.2.	(Kriminal-)Strafrechtssetzungskompetenz nach Lissabon .....	61
3.3.2.	Mangelnde Straffähigkeit von Unternehmen? ...	64
3.3.2.1.	Merkmale und Wirkung einer Strafe .....	64
3.3.2.2.	Fehlende Handlungsfähigkeit von Unternehmen? .....	68
3.3.2.3.	Widerspruch zum Schuldgrundsatz? .....	68
3.3.2.4.	„Strafempänglichkeit“ von Unternehmen .....	71
3.3.3.	Geldbuße als pauschale Gewinnabschöpfung? ...	72
3.4.	Parallele zur Verbandsgeldbuße des VbVG? .....	75
3.4.1.	Überwiegend formelle Unterschiede zur Verbandsgeldbuße .....	76
3.4.2.	Materielle Ähnlichkeit zur Verbandsgeldbuße ...	81
3.5.	Einordnung als „Strafe“ .....	83
3.5.1.	Strafrechtliche Anklage im Sinn des Art 6 EMRK .....	83
3.5.1.1.	Innerstaatliche Einordnung .....	85
3.5.1.2.	Art des Vergehens .....	86
3.5.1.3.	Art und Schwere der angedrohten Sanktion .....	90
3.5.1.4.	Definition einer „Anklage“ .....	97
3.5.1.5.	Konsequenzen des Vorliegens einer „strafrechtlichen Anklage“ .....	98
3.5.2.	Straffähigkeit von Unternehmen .....	99
3.5.2.1.	Handlungsfähigkeit .....	100
3.5.2.2.	Schuldfähigkeit .....	104
3.5.2.3.	„Strafempänglichkeit“ .....	112

3.5.3.	Kriterien bei Bemessung der Kartellgeldbuße ...	114
3.5.3.1.	Schwere und Dauer der Rechtsverletzung .....	114
3.5.3.2.	Grad des Verschuldens .....	116
3.5.3.3.	Erzielte Bereicherung und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit .....	116
3.6.	(Zwischen-)Ergebnis und Folgeproblematik .....	119
3.6.1.	Einordnung als Strafe im weiteren Sinn .....	119
3.6.2.	Anwendung strafrechtlicher und straf- prozessualer Grundsätze .....	119
<b>4.</b>	<b>Relevanz strafrechtlicher Grundsätze .....</b>	<b>124</b>
4.1.	Vorüberlegungen .....	124
4.2.	Unterlassen .....	126
4.2.1.	Allgemeine Grundsätze der Strafbarkeit wegen Unterlassens .....	127
4.2.1.1.	Regelung in § 2 StGB .....	127
4.2.1.2.	Strafbarkeit wegen Unterlassens im VStG und im FinStrG .....	129
4.2.1.3.	Situation in Deutschland und der Schweiz .....	132
4.2.1.4.	Zwischenergebnis .....	133
4.2.2.	Strafbarkeit des Unterlassens im Kartellrecht? ...	135
4.2.2.1.	Strafbares Unterlassen aufgrund offener Formulierung der Tathandlung .....	137
4.2.2.2.	Anwendung der allgemeinen Grundsätze der Strafbarkeit wegen Unterlassens? .....	143
4.2.2.3.	Garantenstellung und Gleichwertigkeit .....	148
4.2.3.	Ergebnis .....	153
4.3.	Beteiligung .....	155
4.3.1.	Beteiligungsmodelle im nationalen Strafrecht ...	157
4.3.1.1.	Einheitstäter im StGB und FinStrG .....	157
4.3.1.2.	„Anstiftung“ und „Beihilfe“ im VStG .....	159
4.3.1.3.	Beteiligungsstrafbarkeit in Deutschland und der Schweiz .....	160
4.3.1.4.	Vorschläge einer Beteiligungsregelung für europäisches Strafrecht .....	161
4.3.2.	Strafbarkeit der Beteiligten im Kartellrecht? .....	164
4.3.2.1.	Auslegung der Kartellgeldbuße-Tatbestände ....	164
4.3.2.2.	Die „Kartellwächter“-Judikatur des Europäischen Gerichts .....	165

4.3.2.3.	Die „Zuwiderhandlung“ gegen ein Verbot als Anknüpfungspunkt? .....	169
4.3.3.	Beteiligungsstrafbarkeit bei den einzelnen Kartellgeldbuße-Tatbeständen .....	171
4.3.3.1.	Beteiligung an einer Zuwiderhandlung gegen das Kartellverbot .....	171
4.3.3.2.	Beteiligung an einer Zuwiderhandlung gegen das Missbrauchsverbot .....	179
4.3.3.3.	Beteiligung an einer Zuwiderhandlung gegen das Durchführungsverbot .....	181
4.3.3.4.	Beteiligung an einem Verstoß gegen Verpflichtungszusagen .....	182
4.3.4.	Ergebnis .....	183
4.4.	Versuch .....	186
4.4.1.	„Versuchsstrafbarkeit“ durch Auslegung der Tatbestände? .....	187
4.4.1.1.	Das „versuchte“ Kartell .....	187
4.4.1.2.	Der „versuchte“ Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung .....	189
4.4.1.3.	„Versuch“ der anderen Geldbuße-Tatbestände .....	192
4.4.2.	Ergebnis .....	193
4.4.3.	Versuchsstrafbarkeit de lege ferenda? .....	194
4.5.	Vorsätzliche und fahrlässige Begehung .....	196
4.5.1.	Abgrenzung von Vorsatz und Fahrlässigkeit im Kartellrecht .....	198
4.5.1.1.	Vorsatz .....	198
4.5.1.2.	Fahrlässigkeit .....	201
4.5.1.3.	Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung als vorsätzlicher Fehlgebrauch? .....	202
4.5.2.	Vorsatz und Fahrlässigkeit des Unternehmens .....	203
4.5.2.1.	OGH: Analoge Anwendung des § 3 VbVG .....	204
4.5.2.2.	Stellungnahme: „Vorsätzliche Zuwiderhandlung“ des Unternehmens .....	205
4.5.2.3.	Stellungnahme: „Fahrlässige Zuwiderhandlung“ des Unternehmens .....	207
4.5.3.	Ausschluss von Fahrlässigkeit bei „compliance defence“? .....	208
4.5.4.	Ergebnis .....	211

4.6.	Notwehr und Notstand .....	212
4.6.1.	Notwehr und rechtfertigender Notstand .....	213
4.6.2.	Rechtfertigende Pflichtenkollision .....	214
4.6.3.	Entschuldigender Notstand .....	215
4.6.4.	Ergebnis .....	216
4.7.	Verbotsirrtum .....	216
4.7.1.	Die „SSK Spediteurs-Sammelladungs- Konferenz-Entscheidung“ des EuGH .....	217
4.7.1.1.	Der Ausgangssachverhalt .....	217
4.7.1.2.	Das Vorabentscheidungsverfahren vor dem EuGH .....	218
4.7.1.3.	Der Schlussantrag der Generalanwältin Kokott .....	219
4.7.1.4.	Anerkennung des Verbotsirrtums durch den OGH im Fall „DB MobilityLogistics – Masped Schenker“ .....	221
4.7.2.	Überblick über Meinungsstand .....	223
4.7.2.1.	Prinzip des generellen Verbots mit Erlaubnis- vorbehalt (VO 17/1962) .....	223
4.7.2.2.	System der Legalausnahme (VO 1/2003) .....	225
4.7.3.	Stellungnahme .....	226
4.7.4.	Ergebnis .....	229
<b>5.</b>	<b>Zusammenfassung und Ausblick .....</b>	<b>231</b>
	Anhang .....	239
	Stichwortverzeichnis .....	249